



Offener Brief vom 26. Oktober 2009

an Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
und Thomas de Maizière, Bundesminister des Inneren

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,

bei der Bundestagswahl blieb die NPD im Bundesdurchschnitt unter 2% der Stimmen, die DVU hat den Wiedereinzug in den brandenburgischen Landtag verpasst. Also alles gut? Wir meinen nein!

In den abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen haben weder die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine große Rolle gespielt, noch die Weiterführung der Förderprogramme für Toleranz und Demokratie.

Die NPD erhält mit einem Ergebnis von bundesweit 635.437 Stimmen bei der Bundestagswahl und den Stimmengewinnen aus den Landtagswahlen 2009 nach den Berechnungen der Tageszeitung „Die Welt“ vom 28.9.2009 mehr als eine Million Euro aus Steuergeldern, weil jede Stimme mit 0,85 Cent vergütet wird. Sie kann also weiter Schulhof-CDs herstellen und verteilen, den Kauf von Schulungszentren vorantreiben und Basisarbeit vor Ort machen. Sie kann Fußballturniere unterstützen, Kinderfeste veranstalten und Hausaufgabenbetreuung anbieten. Sie kann weiterhin politische Gegner durch Hetzkampagnen diffamieren, beleidigen und bedrohen– dafür ist genug Geld da.

Die Initiativen und Projekte, die sich seit Jahren professionell und engagiert dem Kampf gegen Rechtsextremismus und für Demokratie widmen, können von diesen Summen und dieser Planungssicherheit nur träumen.

Daher fordern wir die neue Bundesregierung und Sie als zuständige Ministerin und Minister auf:

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bedrohen unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Der Kampf gegen die neuen Nazis - ob in Anzügen oder Springerstiefeln - braucht einen langen Atem. Daher fordern wir die konsequente Weiterführung der Programme.

Projektarbeit braucht Planbarkeit und Perspektive und ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Das verlangt nicht nur zivilgesellschaftliches, ehrenamtliches Engagement, sondern auch hochqualifiziertes, professionelles Arbeiten, langfristige Planungssicherheit und verlässliche Partner vor Ort.

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass auch sie das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland ernst nimmt. Wir erwarten, dass sie die Akteure der Zivilgesellschaft, die Profis in den NGOs und vor allem: die Opfer der rechten Schläger nicht allein lässt, sondern dass sie sinnvolle und strategische Ideen umsetzt, dauerhaft sichert und finanziert.

Die einzelnen Bundesprogramme für die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus müssen verstetigt werden, sie müssen ihren provisorischen Modellcharakter verlieren und eine Chance auf institutionelle Förderung, unabhängig von Haushaltslagen, Programmentwürfen oder ministeriellen Befindlichkeiten erhalten. Denn sie leisten eine grundlegende Arbeit für die Demokratie und das Gemeinwesen!

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

SAFTER ÇINAR

Vorstandssprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg e. V.

NILS BUSCH-PETERSEN

Hauptgeschäftsführer Handelsverband Berlin-Brandenburg

UWE-KARSTEN HEYE

Vorstandsvorsitzender Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.

ANETTA KAHANE

Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

HELMUT LÖLHÖFFEL

Herausgeber des Informationsdienstes »blick nach rechts«

PROF. DR. ANDREAS NACHAMA

Geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors

PETRA PAU

Bundestagsvizepräsidentin, Die Linke

MICHAEL PREETZ

Geschäftsführer für Sport, Kommunikation und Medien bei Hertha BSC Berlin

JÜRGEN REENTS

Chefredakteur »Neues Deutschland«

CLAUDIA ROTH

Bundestagsvizepräsidentin Bündnis 90/Die Grünen

ULRICH SCHELLENBERG

Vorsitzender des Berliner Anwaltsvereins

PROF. KLAUS STAECK

Präsident der Akademie der Künste Berlin

GEORG KARDINAL STERZINSKY

Erzbischof von Berlin

SUSANNE STUMPENHUSEN

Landesbezirksleiterin ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

LALA SÜSSKIND

Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

DR. H.C. WOLFGANG THIERSE

Bundestagsvizepräsident, SPD

HANNS THOMÄ

Beauftragter für Migration und Integration der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

HALINA WAWZYNIAK

MdB, Die Linke

UDO WOLF

Vorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin